

Deutschland und EU im Wirtschaftskrieg

Joachim Guilliard,

Manuskript des Vortrags im Rahmen der Friedenswerkstatt „Stopp Ramstein 2022“

<https://www.stoppramstein.de/event/friedenswerkstatt/>

Inhalt

Wirtschaftsblockaden – keine „zivile Alternative“ zu Krieg.....	1
„Mittelalterliche Belagerungen“	1
Der „stille Tod“.....	3
Gegen Völkerrecht und UNO-Mehrheit	4
„Massenvernichtungs-Sanktionen“	5
Wirtschaftskrieg gegen Russland.....	6
Bumerang	9
Neue Blockbildung	13
Fazit.....	14

Wirtschaftsblockaden – keine „zivile Alternative“ zu Krieg

Ich werde zunächst auf Wirtschaftssanktionen allgemein eingehen und dabei in erster Linie auf die, die eigenmächtig von einem oder mehreren Staaten verhängt werden. In diesen Fällen ist der Begriff „Sanktionen“ irreführend. Denn nichts und niemand gibt einem Staat wie den USA oder einem Staatenbündnis wie der EU das Recht, selbtherrlich Strafmaßnahmen zu verhängen. Dazu ist allein der UN-Sicherheitsrat legitimiert. Korrekter sollten wir daher, wie es in UN-Dokumenten der Fall ist, von unilateralen Zwangsmaßnahmen reden.

„Mittelalterliche Belagerungen“

Es gibt auf internationaler Ebene viele verschiedene Arten von Zwangsmaßnahmen von Staaten gegen andere Staaten bzw. Personen, Einrichtungen, Firmen etc. anderer Staaten. Ich werde mich im Folgenden auf umfassende Handels-, Finanz- und Wirtschaftsblockaden konzentrieren, die rasch den Charakter von Wirtschaftskriegen annehmen können.

Häufig werden die von westlichen Staaten verhängten „Sanktionen“ damit begründet, Menschenrechte in den betroffenen Ländern verteidigen oder durchsetzen oder, wie im Fall des russischen Einmarsch in die Ukraine, Völkerrechtsverstöße ahnden zu wollen. Tatsächlich verstoßen eigenmächtige Zwangsmaßnahmen jedoch, wie ich noch näher erläutern werde, selbst auf mehrfache Weise gegen internationales Recht und Menschenrechte – auch die aktuellen gegen Russland.

Da sie per se nur von dominierenden Mächten oder Bündnissen verhängt werden können, ist ihr Einsatz auch entsprechend selektiv. Sie werden tatsächlich auch fast ausschließlich von den USA und ihren Verbündeten verhängt. Solche Mächte können gleichzeitig sicher sein, dass sie selbst bei schlimmsten Verbrechen, wie den Kriegen gegen Jugoslawien, Irak oder Libyen, nicht selbst Ziel solcher Maßnahmen werden können. Sie fördern keineswegs die „Stärke des Rechts“, wie u.a. führende Grüne hierzulande gerne ins Feld führen, sondern setzen das „Recht des Stärkeren“ durch und sind daher – unabhängig davon wie gerechtfertigt die vorgebrachten Gründe dafür in manchen Fällen erscheinen mögen – letztlich Akte der Willkür.

Die USA haben mittlerweile – allein oder zusammen mit den EU-Staaten – gegen rund 40 Länder solche eigenmächtige Maßnahmen verhängt. Einige, wie die Wirtschaftsblockaden

gegen Kuba, Iran, Venezuela, Nord Korea und Russland sind allgemein bekannt. Die verheerenden Folgen der Blockaden gegen bereits völlig verarmte Länder wie Nicaragua, Mali, Simbabwe oder Laos hat jedoch kaum jemand auf dem Schirm.

Natürlich wird von westlicher Seite stets beteuert, dass ihre Maßnahmen sich allein gegen die jeweilige Regierung, das jeweilige Regime, richten würden. Doch selbst wenn dies tatsächlich der Fall wäre liegt es auf der Hand, dass sie, sobald sie effektiv sind, d.h. Handel und Finanztransaktionen wirksam einschränken, sie stets in erster Linie die Bevölkerung treffen, vor allem deren ärmeren, verletzlichsten Teile.

Dies ist keineswegs ein unerwünschter Nebeneffekt, sondern gehört –entgegen allen Beteuerungen – zum Kalkül. Soll auf diese Weise doch öffentlicher Druck auf die Regierung aufgebaut werden, den Forderungen der blockierenden Mächte nachzugeben.

Wirtschaftsblockaden sind daher eine Form der Erpressung, mit der die Regierungen der betroffenen Länder zur Unterordnung unter die Politik der westlichen Mächte gezwungen werden sollen. Oft, wie im Fall Kuba, Syrien, Iran oder Venezuela werden mit ihnen auch offene „Regime Changes“ angestrebt, indem versucht wird, die Bevölkerung durch eine drastische Verschlechterung der Lebensbedingungen zum Aufstand zu nötigen. Alle Bürger der betroffenen Länder werden so als Geiseln genommen.

Der renommierte belgische Völkerrechtler Prof. Marc Bossuyt hat bereits im August 2000 in einem Gutachten für die UN-Menschenrechtskommission konstatiert: Der renommierte belgische Völkerrechtler Prof. Marc Bossuyt hat bereits im August 2000 in einem Gutachten für die UN-Menschenrechtskommission konstatiert:

„Die ‚Theorie‘ hinter Wirtschaftssanktionen ist, daß ökonomischer Druck auf die Zivilbevölkerung in Druck auf die Regierung übersetzt wird, ihre Politik zu ändern. Diese Theorie ist bankrott, sowohl rechtlich wie praktisch.“¹

Der einstige Sonderberichterstatter des UN-Menschenrechtsrates für Lateinamerika, Alfred De Zayas brachte dies sehr gut auf den Punkt: Grundsätzlich seien Wirtschaftssanktionen vergleichbar mit „mittelalterlichen Belagerungen von Städten“, die zur Kapitulation gezwungen werden sollten „*Die Sanktionen des 21. Jahrhunderts versuchen aber nicht nur eine Stadt, sondern souveräne Länder in die Knie zu zwingen.*“ Im Unterschied zum Mittelalter, würden die Blockaden des 21. Jahrhunderts „*von der Manipulation der öffentlichen Meinung durch 'Fake News', einer aggressiven PR-Arbeit sowie einer Pseudo-Menschenrechtsrhetorik begleitet werden, um den Eindruck zu erwecken, dass das 'Ziel' der Menschenrechte kriminelle Mittel rechtfertigt.*“²

Mittlerweile ist diese heimtückische Form moderner Kriegsführung auch die am häufigsten angewandte. Da sie unblutig daher kommt, ist es leichter dafür öffentliche Unterstützung zu finden oder, wenn nicht, auch so, ohne größere Aufmerksamkeit zu wecken, weitgehend unangefochten eingesetzt werden. [Sie wird im politischen Westen flankiert von einer Ideologie, die die westlichen „Werte“ und Regeln als Maß für jede Gesellschaft setzt und die die Staaten der Welt in Gut und Böse einteilt. Das Völkerrecht soll durch eine „regelbasierte Ordnung“ ersetzt werden, durchgesetzt durch ein immer ausgedehnteres Sanktionssystem. Wie stark hier der Konsens im außenpolitischen Establishment ist zeigt z.B. das diesjährige sogenannte „Friedensgutachten“. Hiermit geben die angeblich „führenden Institute zur Friedensforschung“ nicht nur der Bundesregierung Rückendeckung u.a. für Waffenlieferungen an die

¹ Marc Bossuyt, [The Adverse consequences of economic sanctions on the enjoyment of human rights](#), Economic and Social Council, E/CN.4/Sub.2/2000/33, 21.6.2000

² [UN-Sonderberichterstatter: Die Sanktionen gegen Venezuela töten viele Menschen](#), RT, 30.01.2019

Ukraine und Wirtschaftskrieg. Sie widmen auch den „Sanktionen als Mittel wertebasierter Außenpolitik“ ein ganzes Kapitel.³]

Wirtschaftskriege werden von US-Politikern auch offen als günstigere Alternative zu militärischen Interventionen gepriesen, da sie wesentlich geringere Risiken und Nebenwirkungen für die Angreifer bergen – besonders nach den Desastern im Irak und in Afghanistan. Doch auch diese Kriege sind zerstörerisch und können in den betroffenen Ländern Jahrzehnte des Fortschritts in den Bereichen Gesundheitsversorgung, sanitäre Einrichtungen, Wohnungsbau, Basisinfrastruktur und industrieller Entwicklung zunichtemachen. Sie bergen zudem, wie die Geschichte zeigt, stets die Gefahr, in eine offene militärische Konfrontation zu eskalieren, eine Gefahr die auch im Wirtschaftskrieg gegen Russland akut ist.

Der „stille Tod“

Kritik wegen den schädlichen Auswirkungen auf die betroffenen Menschen, wird mit dem Hinweis zurückgewiesen, humanitäre Güter, wie Nahrung und Medizin seien doch von den Blockaden ausgenommen. Das ist zwar formal richtig, in der Sache aber eine bewusste Irreführung. Tatsächlich sind Versorgungsengpässe bei umfassenden Blockaden vorprogrammiert. Handelsblockaden behindern jeglichen Import und verteuern ihn. Gleichzeitig verlieren die Länder durch Wegfall ihrer Exporte auch die zum Einkauf nötigen Devisen. Wenn betroffene Länder zusätzlich auch vom internationalen Zahlungsverkehr und Kreditwesen ausgeschlossen werden, können sie nicht auf üblicher Weise bezahlen. All dies und die Sorge unversehens gegen eine unbekannte Bestimmung im undurchsichtigen Geflecht der Embargoregeln zu verstoßen, lassen Lieferanten abspringen ab oder drastisch Preisaufschläge fordern. Durch die gängige Blockade von sogenannten „Dual Use“-Güter wird zusätzlich noch die Eigenproduktion von Maschinen, Ersatzteilen bis hin zu Pflanzendünger und Medikamenten stark beeinträchtigt.

Die heutigen Gesellschaften beruhen auf einem komplexen Netz unentbehrlicher Infrastruktur. Wenn aus Mangel an Ersatzteilen Pumpen, Generatoren oder Abwassersysteme ausfallen, können ganze Stadtteile im Sumpf versinken und sich Cholera- und Typhus-Seuchen ausbreiten. Erhalten Bauern nicht mehr genug Saatgut und Dünger, bricht auch noch die Eigenversorgung zusammen.

Wenn mehrere solche Faktoren zusammenwirken, können lebensbedrohliche Notlagen entstehen. Richtig mörderisch wird es, wenn eine derart dominante Macht, wie die USA ihre Gegner durch vollständige Blockaden zu strangulieren suchen, indem sie Drittländer durch Androhung von sogenannten „sekundären“ oder „extraterritorialen Sanktionen“ zwingen, sich den Embargomaßnahmen anzuschließen.⁴

Sie führen in besonderem Maße zu einer Übererfüllung der ohnehin schon massiven Sanktionsregelungen, da sie die Angst von Banken, Reedereien, Industrieunternehmen etc. enorm verschärfen, unversehens in der Mühlen zu geraten, dass sie selbst vor Geschäften zurückschrecken, für die die blockierenden Mächte z.B. Ausnahmen aus humanitären Gründen eingeräumt haben.

Lang andauernde Wirtschaftskriege können daher mehr Opfer fordern als militärische. So kostete das umfassende Embargo gegen den Irak von 1990 bis 2003 mehr als einer Million IrakerInnen das Leben, darunter ca. 500.000 Kindern. Wie die berüchtigte bejahende Antwort der damaligen Außenministerin der USA, Madeleine Albright, auf die Frage, ob die toten Kinder „den Preis wert waren“, belegt, sind Todesopfer offenbar durchaus einkalkuliert..

³ <https://friedensgutachten.de/>

⁴ .K. Cashman and C. Kharrazian (CEPR), [US sanctions are designed to kill](#), Jacobin, 1.9.2019

Auch wenn die aktuellen Handels- und Finanzblockaden gegen Länder wie Syrien, Venezuela oder Kuba bisher noch nicht so verheerend wirken wie das Irakembargo, so töten ohne Zweifel auch sie. So forderten die US- und EU-Sanktionen gegen Venezuela nach Schätzungen des Washingtoner Forschungsinstituts *Centre for Economic and Policy Research* (CEPR) bereits zwischen 2017 und 2018 ca. 40.000 Menschenleben.⁵ Die Situation hat sich dem jüngsten Bericht der aktuellen UN-Sonderberichterstatterin über negative Folgen eigenmächtiger Zwangsmaßnahmen, Alena Douhan, noch verschlechtert. Die vielfältigen Embargomaßnahmen gegen das Land würden die bereits bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Krisen verschärfen und hätten verheerende Auswirkungen auf die gesamte Bevölkerung. So steige die Sterblichkeitsrate bei Frauen und Neugeborenen immer weiter an, da viele Krankenhäuser aufgrund der Embargomaßnahmen die Versorgung von Mütter und ihren Babys nicht aufrechterhalten können.⁶

Selbst in einem Land wie dem Iran, der die Lage noch recht gut im Griff hat, führt die unter Trump wieder verschärfte Blockademaßnahmen zu massiven Versorgungsengpässen. So können mangels der dafür notwendigen spezifischen, teuren Medikamente diverse lebensrettende Therapien nicht weiter durchgeführt werden. Für viele Krebspatienten beispielsweise sind daher, wie die renommierte US-Zeitschrift *Foreign Policy* schon 2019 berichtete, die „Iransanktionen tödlich“.⁷

Kuba, das seit fast 60 Jahren mit einer Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der USA konfrontiert ist, hat immer wieder mit Versorgungsengpässen zu kämpfen. Das kubanische Gesellschaftssystem sorgt zwar dafür, dass niemand hungert, das Land wird aber durch das Embargo massiv in seiner Entwicklung gehemmt, insbesondere da sich aufgrund der Androhung „extraterritorialer Sanktionen“ auch Unternehmen aus der EU und anderen Staaten der Blockadepolitik unterwerfen.

Die Situation in Syrien ist noch dramatischer. Schon im Mai 2019 berichtete der damalige UN-Sonderberichterstatter über negative Folgen eigenmächtiger Zwangsmaßnahmen, Idriss Jazairy, dass die Auswirkungen der Wirtschaftsblockaden der USA und der EU auf die Bevölkerung in den vergangenen Jahren verheerender wurden, als die des Krieges. Ihre Opfer würden nun nur „einen stillen Tod“ sterben.⁸

Gegen Völkerrecht und UNO-Mehrheit

Schon aufgrund dieser zwangsläufigen negativen Folgen, lehnt die überwiegende Mehrheit der UN-Mitgliedstaaten eigenmächtige Blockaden grundsätzlich ab, was sich seit langem in regelmäßigen Resolutionen sowohl der UN-Vollversammlung als auch des UN-Menschenrechtsrats niederschlägt.⁹ Bereits 1991 forderte die UN-Generalversammlung „dringend wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Anwendung einseitiger wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen gegen Entwicklungsländer durch einige Industrieländer zu unterbinden, die das Ziel haben, direkt oder indirekt Zwang auf die souveränen Entscheidungen der von diesen Maßnahmen betroffenen Länder auszuüben.“¹⁰

⁵ Mark Weisbrodt u. Jeffrey Sachs, [Economic Sanctions as Collective Punishment: The Case of Venezuela](#), CEPR, 25.4.2019

⁶ [Report of the Special Rapporteur on the negative impact of unilateral coercive measures on the enjoyment of human rights](#), Alena Douhan - Visit to Venezuela, UN HRC, 16.9.2021 (A/HRC/48/59/Add.2)

⁷ [U.S. Sanctions Are Killing Cancer Patients in Iran](#), *Foreign Policy*, 14.8.2019

⁸ J. Guilliard, [Syrien: „Stiller Tod durch Sanktionen“](#), *Ossietzky* 13/2019)

⁹ Überblick: [About unilateral coercive measures](#), OHCHR, vollständige Liste aller diesbzgl. Resolutionen der UN Vollversammlung des UN-Menschenrechtsrats: [Special Rapporteur on unilateral coercive measures -- Resolutions and decisions](#), OHCHR

¹⁰ [UN GA Resolution: Economic measures as a means of political and economic coercion against developing countries 1991](#), A-RES-46-210, 20.12.1991

In der „Wiener Erklärung und Aktionsprogramm“, die auf der historischen „Weltkonferenz über Menschenrechte“ verabschiedet wurde, die die Vereinten Nationen im Juni 1993 in Wien abhielten, werden die Staaten aufgefordert, *„von allen einseitigen Maßnahmen Abstand zu nehmen, die nicht im Einklang mit dem Völkerrecht und der Charta der Vereinten Nationen stehen sowie die Handelsbeziehungen zwischen den Staaten und die volle Verwirklichung der Menschenrechte behindern, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und in den internationalen Menschenrechtsübereinkünften niedergelegt wurden – insbesondere das Recht eines jeden auf einen Lebensstandard, der seine Gesundheit und sein Wohlergehen garantiert, einschließlich Nahrung und medizinischer Versorgung, Wohnung und der notwendigen sozialen Dienste.“*

Eigenmächtige, nicht von UN-Organen autorisierte Zwangsmaßnahmen, so der Tenor aller späteren Resolutionen, widersprechen den Normen und Grundsätzen für friedliche Beziehungen zwischen Staaten und stellen, wie es z.B. in der UN-Resolution vom Dezember 2013 heißt, *„eine eklatante Verletzung der Prinzipien des Völkerrechts sowie den Grundprinzipien des multilateralen Handelssystems dar.“*

Sobald die Blockierung des Außenhandels eines Landes das Leben der Bevölkerung als Ganzes bedroht, sind umfassende ökonomische Blockaden zudem auch schwere Menschenrechtsverletzungen, dies gilt auch dann wenn sie vom UN-Sicherheitsrat autorisiert sind.

Sie verstoßen dann u.a. gegen die in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ von 1948 fixierten Rechte. Zu diesen zählen das Recht auf Leben, auf angemessene Ernährung und Gesundheitsversorgung sowie auf soziale Sicherheit. Sie verstoßen auch klar gegen die verbindlichen Bestimmungen des „Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ von 1966, den alle westl. Staaten unterzeichnet haben. Dort heißt es schon zu Beginn in Artikel 1: *“In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.”* Sobald Blockaden die Versorgung erheblich beeinträchtigen, wie im Jemen, Afghanistan oder in Syrien, verstoßen sie zudem auch gegen die Genfer Konvention, die das Aushungern der Zivilbevölkerung verbietet und sind dann Kriegsverbrechen gleichzusetzen.

Schließlich sind Blockaden auch eine Form kollektiver Bestrafung, die in völligem Gegensatz zu den Grundprinzipien des Rechts steht.

Die UN-Sonderberichterstatterin Alena Douhan geht davon aus, *„dass etwa 98 Prozent der heute verhängten einseitigen Sanktionen gegen die internationalen Verpflichtungen der Staaten verstoßen.“*¹¹ Obwohl sie *„meist im Namen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit verhängt“* würden, würden sie, so betonte sie in einem Interview mit der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua, *„genau diese Grundsätze, Werte und Normen untergraben“*. Sie hätten *„eindeutig festgestellt“*, dass die Anwendung einseitiger Zwangsmaßnahmen *„das Recht auf Entwicklung beeinträchtigt und die Erreichung jedes einzelnen nachhaltigen Entwicklungsziels verhindert.“* Unter all ihren negativen Auswirkungen so Douhan weiter, werde besonders das Recht auf Gesundheit beeinträchtigt, insbesondere während der COVID-19-Pandemie, wie sie bei ihren jüngsten Besuchen in Venezuela und anderen Ländern beobachtet habe.

„Massenvernichtungs-Sanktionen“

Da das Irakembargo mit der Gefahr irakischer Massenvernichtungswaffen begründet worden war, untersuchten die beiden renommierten US-Politikwissenschaftler Prof. John Mueller und

¹¹ [Interview: Most unilateral sanctions violate international law, says UN expert](#), Xinhua, 13.07.2022

Dr. Karl Mueller 1999 die Folgen von Wirtschaftsblockaden und verglichen ihre humanitären Folgen mit denen des Einsatzes von atomaren, chemischen und biologischen Waffen. Sie kamen zum Schluss, dass Wirtschaftsblockaden damals schon bereits mehr Todesopfer gefordert hatten, als alle Massenvernichtungswaffen der Geschichte zusammen. Sie bezeichnete sie daher als „Massenvernichtungs-Sanktionen“¹²

[Marc Bossuyt kam im oben erwähnten Gutachten für die UN-Menschenrechtskommission zum Schluss, dass man im Fall des Sanktionsregimes gegen den Irak eventuell sogar den Vorwurf des Völkermordes erheben könnte.¹³]

Wirtschaftssanktionen oder besser Wirtschaftsblockaden sind somit alles andere als zivile gewaltfreie Alternativen zu militärische Interventionen und sind schon aus humanitären und völkerrechtlichen Gründen genauso abzulehnen wie militärische Gewalt.

Hinzu kommt, dass die Gründe für die Zwangsmaßnahmen meist mehr als zweifelhaft sind und zumindest von Doppelmoral nur so strotzen. Die von den USA und ihren Verbündeten verhängten Blockaden werden offensichtlich vorwiegend zur Verfolgung eigener Interessen verhängt – ausnahmslos gegen Länder, die als Gegner oder Rivalen angesehen werden oder ihren wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen im Wege stehen und gegen Regierungen, die sich nicht den westlichen Regeln unterwerfen wollen. Der Anschein, dass hierin die wahren Gründe liegen, wird nicht zuletzt dadurch genährt, dass viele andere Staaten, wie z.B. die Türkei oder Saudi Arabien, trotz ihrer Kriege und Menschenrechtsverletzungen, nicht mit Embargen belegt werden, sondern enge Verbündete bleiben. [Es ist daher in vielen Fällen nicht falsch, wenn in diesem Zusammenhang der im Jugoslawienkrieg aufgekommen Begriff „Menschenrechtsimperialismus“ angewandt wird.]

Wirtschaftskrieg gegen Russland

Die allgemeine Kritik an Wirtschaftsblocken gilt durchaus auch für die, die gegen Russland verhängt wurden. Inzwischen haben die USA, die EU, Kanada, Japan und einige weitere Verbündete mehr als 6000 unterschiedliche Zwangsmaßnahmen gegen das ganze Land oder einzelne russische Unternehmen und Personen verhängt.¹⁴ Die ersten wurden schon 2014, nach dem Anschluss der Krim, eingeleitet. nach dem Einmarsch in der Ukraine wurden sie extrem ausgeweitet. Es sind die bisher umfassendsten Blockademaßnahmen der Geschichte und sie sollen noch weiter verschärft werden.¹⁵

Sie werden von westlichen Politiker und Medien geradezu als zwangsläufige Reaktion auf die russische Invasion dargestellt und sogar von Teilen der Linkspartei unterstützt. Ein solcher empörender Krieg verlange eine scharfe Reaktion daher gäbe es zu solchen Maßnahmen überhaupt keine Alternative. Man könne einen solchen Völkerrechtsbruch nicht ungestraft hinnehmen und schließlich seien harte Gegenmaßnahmen auch nötig, um „Putin zu stoppen. Gerne werden die Forderungen nach möglichst vollständigem Boykott russischer Importe mit dem moralischen Totschlagsargument gewürzt, mit jedem Barrel Öl oder Kubikmeter Gas würde man „Putins Krieg finanzieren“.

Der Impuls, einen blutigen Krieg mit möglichst wirksamen Mitteln zu stoppen, ist zunächst natürlich verständlich. Und drastische „Sanktionen“ ziehen dann doch viele militärischen Mitteln vor. Die Unterstützer solcher Maßnahmen gehen jedoch von falschen Prämissen aus und

¹² „[Sanctions of Mass Destruction](#), Foreign Affairs, 78 (May/June 1999), pp. 43-53

¹³ Marc Bossuyt, [The Adverse consequences of economic sanctions ...](#) a.a.O.

¹⁴ Patrick Lawrence, [Der neue Eiserner Vorhang](#), Consortium News, 16.5.2022

¹⁵ Eine Übersicht über die EU-Maßnahmen findet man u.a. bei den [Wirtschaftskammern Österreichs](#) (WKO)

übersehen die Umstände, die zum Krieg führten, sowie die Ziele der westlichen Politik und ihre Konsequenzen.

Natürlich fließt auch in Russland nicht jeder Euro für Öl und Gas in die Kriegskasse, sondern dienen Importeinnahmen in erster Linie der Versorgung des Landes mit dem täglichen Bedarf. Und man kann zudem davon ausgehen, dass wenn eng es würde, dies mit Sicherheit auch in Russland in erster Linie die Bevölkerung zu spüren bekäme, lange vor dem Militär. Es wurde daher auch noch nie ein Krieg durch Wirtschaftsblockaden gestoppt.

Es stimmt auch nicht, dass jeder Angriff eines Staates auf einen anderen automatisch harte Gegenreaktionen Deutschlands oder der EU nach sich ziehen müsste. Es gibt keinerlei Verpflichtung, „für die angegriffene Kriegspartei in den gerechten Krieg zu ziehen“, so der frühere Vorsitzende am Bundesgerichtshof, Thomas Fischer, in einem Gastbeitrag für den Spiegel.¹⁶ Wenn Argentinien gegen Chile in den Krieg zöge, käme wohl auch niemand auf die Idee.

Bedeutender noch ist der Blick auf die wesentlich verheerendere Kriege, die die USA und ihre europäischen Verbündeten selbst in den letzten Jahrzehnten führten. Wenn wir von Zeitenwenden reden wollen, so war dies bereits der völkerrechtswidrige Angriff der NATO auf Jugoslawien, mit dem der Krieg nach 1945 zurück nach Europa kam oder der Krieg der Wilden 2003 gegen den Irak, der nicht nur das Land zerstörte, sondern die bis heute anhaltende Destabilisierung der gesamten Region bis nach Nordafrika einleitete. Bei keinem dieser Kriege hat irgendein westliches Land Öl- und Gasboykotte oder sonstige Embargomaßnahmen wenigstens erwogen.

[[Auch in den Zeiten des Kalten Krieges waren Embargomaßnahmen nicht üblich. Weder auf Mauerbau in Berlin noch den Einmarsch des Warschauer Paktes in Prag hatten die NATO-Staaten mit Wirtschaftssanktionen reagiert. Ganz im Gegenteil, entstanden damals, wie Antje Vollmer in einem kürzlichen ausführlich, „die Grundideen einer auf realpolitische Nüchternheit gegründeten Entspannungspolitik, die gerade in einer wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen blockübergreifenden Vernetzung eine Hoffnung auf ‚Wandel durch Annäherung‘, auf Überwindung der Spannungen und Zutrauen auf eine Reformpolitik auch jenseits des Eisernen Vorhangs vermuteten.“¹⁷]]

Im Falle des russischen Angriffes haben sich die Regierungen der EU-Staaten hingegen sofort Washington angeschlossen und selbst den Krieg durch Waffenlieferungen und Blockademaßnahmen noch weiter eskaliert. An einem möglichst raschen Ende des Krieges oder zumindest der Kamphandlungen waren sie offenbar nicht interessiert gewesen. Sonst hätten sie sich bemüht, nicht offen Kriegspartei zu werden, sondern auf rasche Verhandlungslösung hinzuarbeiten.

Es ist hier nicht der Raum, darauf tiefer einzugehen, aber es ist an sich völlig klar – auch wenn es Politik und Medien nun nicht mehr wahrhaben wollen – wo die wesentlichen Gründe für die Entscheidung Moskaus liegen, in die Ukraine einzumarschieren. Im Positionspapier des Bundesausschuss Friedensratschlag „Hintergründe und Lösungsperspektiven des Ukraine-Krieges“ wird dies alles ausführlich erläutert.

Ein akuter Grund war die im Februar offensichtlich kurz bevorstehende Offensive ukrainischer Truppen auf die abtrünnigen Donbass-Republiken, gegen die Kiew mit maßgeblicher Unterstützung faschistischer Milizen seit 2014 Krieg führt. Ein noch gravierender Grund ist

¹⁶ Thomas Fischer, [Deutscher Bellizismus - Unser Krieg: Nur die Wahrheit!](#), Auf der Suche nach Wahrheiten über den Krieg gerät man rasch in schwere See. DER SPIEGEL, 01.04.2022

¹⁷ Antje Vollmer, [Zweifel an der Sanktionspolitik gegen Russland: Wo sind die Realos geblieben?](#) Berliner Zeitung, 14.7.2022

die angestrebte NATO-Mitgliedschaft der Ukraine sowie die baldige Stationierung von US-amerikanischen nuklearen Mittelstreckenraketen in Osteuropa, perspektivisch dann sogar in der Ukraine. Dadurch werden die Vorwarnzeiten bei Enthauptungsschlägen, für die diese neue Raketen konzipiert sind, immer stärker, am Ende auf wenige Minuten, reduziert, während der potentielle Angreifer, die USA, aus 10.000 Kilometer Entfernung vom Kriegsgeschehen agieren kann.

Aus den Kriegsgründen ergeben sich folgerichtig auch die Verhandlungsansätze zur Beendigung des Krieges. Darauf beruhen auch die Vorschläge einer Reihe von namhafter Experten und Organisation bis hin zur italienischen Regierung. Das ist zunächst die Akzeptanz Kiews einer vertraglichen von Garantiemächten abgesicherten Neutralität der Ukraine und die Anerkennung des Anschluss der Krim an Russland und im nächsten Schritt Verhandlungen über den Status des Donbass und anderer mehrheitlich russischen Gebiete. Im März waren sich Kiew und Moskau bei den Verhandlungen in Ankara schon recht nahe gekommen, der ukrainische Präsident Selenski zeigte sich bereit über all diese Punkte zu reden.

Im Westen waren aber Verhandlungslösungen über Zugeständnisse an Russland offensichtlich nicht erwünscht. Insbesondere Washington und London übten offen Druck auf Selenski aus, keinerlei Kompromisse einzugehen und verstärkten gleichzeitig ihre militärische Unterstützung. Aber auch die EU reagierte auf Ankündigungen Selenski, in einigen Punkte evtl. nachzugeben, jeweils mit der Zusage von Waffenlieferungen. in Höhe von 450 Mio. bzw. 500 Millionen Euro und drängte so auf Fortsetzung des Krieges.

Mit Solidarität mit der Ukraine hat dies nicht zu tun. Es ist stark zu bezweifeln, dass eine Mehrheit der UkrainerInnen bereit ist, für die Option einer NATO-Mitgliedschaft oder die Rückeroberung der Krim, einen langen Krieg zu führen – sie werden aber nicht gefragt.

Für die Falken in den NATO-Länder, hierzulande insbesondere die Grünen, sehen in diesem Krieg jedoch die Chance den geopolitischen Rivalen entscheidend zu schwächen, „Russland zu ruinieren“ wie Außenminister Baerbock das Ziel umriss.

Washington orientiert sich dabei an einer langjährigen Strategie, die 1992 in den Verteidigungsrichtlinien des Pentagons so zusammengefasst wurde: Jede in Frage kommende feindliche Macht muss daran gehindert werden, in einer Region dominant zu werden, die für unsere Interessen von ausschlaggebender Bedeutung ist.¹⁸ Sie blieb Bestandteil aller nachfolgenden Strategiepapiere und begründet die früh einsetzende konfrontative Politik gegen Russland wie auch später gegen China. Es sollte zudem auch in keiner wichtigen Region eine Allianz von Mächten entstehen können, die die Vormachtstellung der USA gefährden können. Erklärtes, zentrales Ziel – und auch eine wesentliche Funktion der NATO dabei – war daher stets ein engeres Zusammengehen von Russland mit dem restlichen Europa, insbesondere mit Deutschland, zu verhindern. Sehr klar beschrieben hat dies der einflussreiche US-Strategie Zbigniew Brzezinski in seiner geostrategische Abhandlung aus dem Jahr 1997 „Die einzige Weltmacht“ („The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives.“).

Eine Schlüsselrolle kam für ihn damals schon der Kontrolle der Ukraine zu. Könne diese ins US-dominierte Lager geholt werden, würde Russland aufhören „ein Reich zu sein“, d.h. eine Großmacht, die den USA ernsthaft in die Quere kommen kann.¹⁹

Der politische Westen hat nun den Krieg derart ausgeweitet, dass er nicht nur auf dem Rücken der ukrainischen und russischen Bevölkerung geführt wird, sondern auf dem der ganzen Welt. Nicht nur Treibstoff und Getreide werden weltweit knapp, sondern u.a. auch Düngemittel. Gleichzeitig steigen auch die Preise für viele andere lebensnotwendige Güter. Dadurch ist in

¹⁸ [Excerpts From Pentagon's Plan: 'Prevent the Re-Emergence of a New Rival'](#), NYT, 8.3.1992

¹⁹ Jörg Kronauer , [Weltpolitik wider den Westen](#), jW, 07.04.2022

vielen armen Ländern im globalen Süden die Nahrungsversorgung ernsthaft gefährdet, Hunger breitet sich aus. UN-Generalsekretär António Guterres warnte vor kurzem, dass der Krieg zusammen mit den anderen Krisen eine noch nie dagewesene Welle von Hunger und Elend auszulösen drohe.

Hierzulande wird natürlich Russland dafür verantwortlich gemacht. Selbstverständlich trägt der Krieg in der Ukraine auch dazu bei. Hauptursache aber sind die Blockaden. Gerne wird dem entgegengehalten, dass beispielsweise Düngemittel und Getreide gar nicht unter die Boykottmaßnahmen fallen. Dabei wird jedoch verschwiegen, dass das Transportwesen wie auch Finanztransfers betroffen sind, wodurch russische Lieferanten damit rechnen müssen, dass ihre Erlöse beim Transfer beschlagnahmt werden.²⁰ Logischer Weise fordert Moskau daher die Aufhebung aller Zwangsmaßnahmen, die dem Export im Wege stehen.

Bumerang

Es ist nicht abzusehen, dass es dem Westen mit seinem Wirtschaftskrieg gelingen könnte, die russische Regierung zum Rückzug zwingen. Noch nie haben solche Wirtschaftsblockaden ihre Ziele erreicht. Da es aus Sicht Moskaus um die Beseitigung existentieller Bedrohungen wie NATO-Mitgliedschaft der Ukraine geht, ist dies auch hier nicht zu erwarten.

Bisherige Entwicklung zeigt, dass ein so mächtiges Land, mit so großen Ressourcen offensichtlich nicht effektiv blockiert werden oder gar in die Knie gezwungen werden kann. Schon allein deswegen, weil die Welt nun mal nicht nur aus dem politischen Westen besteht, der hierzulande gerne mit der „Internationalen Gemeinschaft“ gleichgesetzt wird.

Die meisten Staaten außerhalb Europas und Nordamerikas beteiligen sich nicht am Russland-Boycott und nutzen gerne die Rabatte von bis zu 30 Prozent die Moskau gewährt für eine Ausweitung ihrer Importe aus Russland. Nicht nur China kauft russisches Öl in Rekordmengen (im Mai 55% mehr als im Vorjahr²¹), auch Indien hat z.B. seine Ölimporte aus Russland vervielfacht sie überflügeln nun die aus Saudi Arabien. Diese Umstellung zeigt exemplarisch den im Rekordtempo sich vollziehenden Umbruch im Welthandel.

Obwohl die Exportmengen sanken, erzielt Russland aufgrund der massiv gestiegenen Preise für Öl und Gas insgesamt höhere Einnahmen als zuvor. In den ersten beiden Monaten nach der Einmarsch haben sich die Einnahmen aus dem Export fossiler Brennstoffe sogar auf 63 Milliarden Euro verdoppelt.²²

Natürlich setzen die Blockaden die russische Wirtschaft unter Druck, beeinträchtigen Importe, forcieren die Inflation etc. Die russische Führung hatte sich jedoch offenbar gut vorbereitet und konnte zumindest bisher die negativen Auswirkungen auf Wirtschaft, Währung, Versorgung in engen Grenzen halten. „Die russische Wirtschaft ist wieder auf den Beinen“ musste der britische „Economist“ im Mai erstaunt feststellen.²³ Die westl. Blockaden laufen weitgehend ins Leere.

Auf der anderen Seite leidet die Wirtschaft der EU-Staaten immer stärker unter ihren eigenen Embargomaßen und den russischen Gegensanktionen. Wie es aussieht entwickeln sich die Maßnahmen zum Bumerang und gefährden die wirtschaftliche Stabilität. die Inflation treibt

²⁰ [Korn oder Krieg - Moskau offenbar bereit, Korridor für Export ukrainischen Getreides zu öffnen](#), junge Welt, 30.05.2022

²¹ [Billiges russisches Öl: Warum die Sanktionspolitik ins Leere läuft](#), Telepolis, 22.6.2022

²² [Energie-Importe der EU lassen in Russland den Rubel rollen – und steigen](#), Deutsche Wirtschaftsnachrichten, 01.05.2022

²³ [Russia's economy is back on its feet](#), The Economist, 7.5.2022

die Lohn-Preis-Spirale an, nicht nur im Energie- und Chemiesektor drohen Insolvenzen und Arbeitslosigkeit.

Letztlich haben sich die europäischen Verbündeten der USA in erster Linie selbst ins Knie geschossen. Wenn sie fortfahren riskieren sie, so u.a. Michael Lüders jüngst im Freitag wirtschaftlichen Selbstmord.

Trotz ihrer massiven Abhängigkeit vom russischen Gas und Öl haben sie in irrsinnigem Tempo den Import drastisch reduziert, ohne auch nur näherungsweise über eine halbwegs zuverlässige und bezahlbare Ersatzlösung zu verfügen. Konkret sollen die russischen Gaslieferungen, die 2021 noch mehr als die Hälfte aller europäischen Gasimporte ausmachten, bis Ende 2022 um zwei Drittel reduziert werden, Erdöl um 90 Prozent.

Im Bestreben sich wirtschaftlich völlig von Russland abzukoppeln, beendet man eine Energiepartnerschaft die immerhin ein halbes Jahrhundert Bestand hatte, seit sowjetischen Zeiten, ungeachtet der heftigen Konflikte während des Kalten Krieges, Die ehem. Bundestags-Vizepräsidentin Antje Vollmer wies einem Artikel kürzlich darauf hin, das damals ungeachtet all dieser Streitpunkte, der Grundstein für die Entspannungspolitik gelegt wurde und bezeichnete die aktuelle Politik, die maßgeblich von ihrer Partei, den Grünen, vorangetrieben wird, als „eine Wirtschaftspolitik der verbrannten Erde“.²⁴

[[Hinzu kommt noch die Destabilisierung der Lieferketten. Vollmer: „Genau genommen erleben wir in unseren wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland und China jetzt bereits ein hochriskantes Weltexperiment mit ungewissem Ausgang“. Infolge der ungebremsen Globalisierung sind unzählige wirtschaftliche Verbindungen und Partnerschaften jeder Art zwischen West und Ost geknüpft worden, nun werde „dieses ganze weltumfassende Gewebe von Rohstofflieferungen, Zulieferketten, Handelswegen wie mit einer Axt zerteilt“.

Wenn zahlreiche Konzerne nun Russland und China unter dem erpresserischen Druck der Embargomaßnahmen verlassen, führt dies zu unschätzbaren materiellen und immateriellen Verlusten, jahrelangem Chaos und unendlichen Wirtschaftskrisen.]]

Wie wenig die Embargopolitik mit Moral und Werten zu tun hat, verdeutlichte sinnbildlich Robert Habecks Bückling vor dem Emir von Katar. Dabei ließ er als grüner Wirtschaftsminister nicht nur die „Diplomatie der Werte“ der Grünen in einem ehrlicheren Licht erscheinen, sondern machte mit seiner Bettelei um Flüssiggas auch deutlich, welche Priorität für ihn als Klimaschutzminister die Klimafrage hat.

Und ähnlich fassungslos wie Habecks nahöstliche Bittstellertour müsste hierzulande auch die Begründung von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen für das hektischen Bemühen, Ersatz für russische Energieträger zu organisieren machen: „Als Demokratien wollen wir die Welt von morgen gemeinsam mit Partnern gestalten, die unsere Vorstellungen teilen“, tönte sie und zählte anschließend als die bevorzugten Energiepartner der Zukunft – neben den USA –mit Aserbaidschan, Ägypten und Katar drei weitere Musterdemokratien auf.²⁵

Bis tatsächlich von diesen nennenswerte Mengen geliefert werden können, werden Jahre vergehen. Katar ist bis mindestens 2026 ausgelastet, perspektivisch könne Deutschland zwei bis fünf Prozent seines Erdgasbedarfes aus Katar beziehen, versprach dessen Scheich auf Habecks dringliche Bitten. Die USA können auch nur einen kleinen Anteil des russischen Gas ersetzen, Infrastruktur dafür stünde aber auch nicht vor 2026 bereit.

²⁴ Antje Vollmer [„Zweifel an der Sanktionspolitik gegen Russland: Wo sind die Realos geblieben?“](#) Die Verluste sind unschätzbar und haben mindestens zehn Jahre Chaos und Wirtschaftskrisen zur Folge. Warum tut der Westen sich das an?, Berliner Zeitung, 14.7.2022

²⁵ [Energiekrieg - Die Sieger stehen schon fest von Mathias Reymond und Pierre Rimbart](#), LMDipl, 09.06.2022

Und selbst wenn Gas zur Verfügung stände, fehlen die Tanker. Um das, was aktuell so bequem und günstig durch Pipelines zu uns kommt, zu transportieren, werden Hunderte zusätzliche Tanker benötigt – und keiner weiß wo die so schnell herkommen sollen.

Die Ampelkoalition setzt nun auf drastische Sparmaßnahmen, „frieren gegen Putin“ heißt ihre Parole. Die arabischen Scheichs tippen sich unterdessen nur an den Kopf und fragen, warum in aller Welt sich die Deutschen so einen Schwachsinn antun statt sich das Gas einfach über die fertigen Pipelines frei Haus liefern zu lassen.

Da nun aufgrund von Wartungsarbeiten an Nordstream 1, die durch kanadische Embargomaßnahmen behindert werden, weniger Gas ankommt, als von den Blockieren noch eingeplant, musste die Bundesregierung nun schon den Alarmstufe im Notfallplan Gas ausrufen sowie auf Entbehungen und eine Talfahrt der Wirtschaft einstimmen. Die Warnungen davor, dass im Winter viele Wohnungen kalt bleiben werden, Produktionsanlagen heruntergefahren und Angestellte entlassen werden müssen, werden immer dramatischer. Die Regierung gibt natürlich „Putin“ die Schuld und redet von Erpressung. Dabei könnte über die neue Pipeline Nordstream 2 sofort zusätzliches und kostengünstiges Erdgas in die deutschen Speicher strömen.

Dass es im Winter für viele kalt in der Wohnung werden kann und die extrem erdgashungrige Industrie die Produktion runterfahren muss, zeichnet sich schon ab. Die Speicher mit den noch gewollten Liefermengen aus Russland genügend füllen zu können, ist bereits illusorisch. Aktuell liegen aber die Liefermengen schon weit darunter. Wegen sanktionsbedingter Reparaturprobleme bei der Gaspipeline Nord Stream 1 musste das gepumpte Tagesvolumen drastisch reduziert werden, von ursprünglich 167 Millionen Kubikmetern, zunächst auf 100 Millionen Kubikmeter und seit Donnerstag auf 67 Millionen Kubikmeter pro Tag, d.h. gerade noch 40%. Von Siemens produzierte Verdichtungsanlagen für das Einspeisen des Gas auf russischer Seite sind wegen der kanadischen Blockademaßnahmen nach ihrer Wartung in Montreal hängen geblieben. Nun muss die Bundesregierung um eine Ausnahmegenehmigung bitten. Man braucht wenig Phantasie um sich klar zu machen, dass sich solche Probleme häufen werden, solange der Westen an seinen irrwitzigen Blockaden festhalten.

Das wird in der Regierung durchaus so gesehen, rief den Alarmstufe im Notfallplan Gas aus und Lindner und Habeck stimmten in letzten Tagen bereits auf Entbehungen und eine Talfahrt der Wirtschaft ein, kündigten fast schon den Eintritt in eine Kriegswirtschaft an.

Dennoch hat Berlin auch noch dem von Washington geforderten Ölembargo zugestimmt

Klar ist, dass wenn nicht bald ein Kurswechsel kommt, die Energie in der EU auf alle Fälle wesentlich teuer wird. Die Preise bei Flüssiggas schwanken erheblich und können auch zukünftig auf ein vielfaches des bisherigen Preises steigen. Und Gas wird klimaschädlicher. Neben den Grünen sind ja Klimaschützer die lautesten, die nach einem noch umfassenderen Boykott schreien, in der irrigen Annahme, so den CO₂-Ausstoß schneller reduzieren zu können. Hier sind sie völlig auf dem Holzweg. Auch wenn der Ausbau erneuerbarer Energiequellen sich jetzt etwas beschleunigen mag, wird dies durch das Ausweichen auf schädlichere Energien konterkariert.

So entsteht bei Produktion und Transport von LNG aus den USA beispielsweise ein doppelt so großer CO₂-Fußabdruck wie beim konventionellen russischen Gas.²⁶ Noch übler wird die Bilanz, wenn statt Gas nun wieder mehr Kohle verfeuert werden soll. Die Kriegspolitik der

²⁶ Mathias Reymond und Pierre Rimbart, [Energiekrieg - Die Sieger stehen schon fest](#), LMDipl, 09.06.2022

EU gegen Russland belastet daher nicht nur ihre Bürger und Wirtschaft sondern konterkariert die Bemühungen den menschengemachten Klimawandel zu bremsen.

Ein derart umfassender Boykott gegen ihre wirtschaftlichen Interessen war von den meisten EU-Staaten vermutlich nicht gewollt und wird von einigen auch noch etwas hintertrieben. Sie sahen sich aber genötigt, sich den Forderungen Washingtons zu beugen – offenbar schätzen sie die wirtschaftlichen und politischen Kosten, sich der Vormacht zu widersetzen, höher ein, als die des Wirtschaftskrieges. Und ein guter Teil der Herrschenden teilt das Ziel, die lukrative westliche Vorherrschaft so lange wie möglich aufrecht zu erhalten, Russland dazu niederzuringen und so auch China zu schwächen. Tatsächlich werden auch in der EU große Pläne geschmiedet, u.a. ihren Einflussbereich bis hinter den Kaukasus auszudehnen.²⁷

Besonders deutliche demonstrierte die US-Regierung, wer das Sagen hat, hier in Ramstein, als sie die Regierungsvertreter von 40 verbündeten Länder hierher in die Pfalz zu einen Kriegsrat zitierte – ohne Deutschland wenigsten formal als Mitgastgeber einzubeziehen. Offensichtlich wurden den Vasallen hier die Konsequenzen aufgezeigt, sollten sie sich nicht einem schärferen Kriegskurs anschließen.

Hatte Kanzler Scholz sich zuvor noch gegen schwere Waffen ausgesprochen, da er hierin die Gefahr eines dritten Weltkrieges sah, gab er drei Tage später den Weg für deren Lieferung frei und auch der Widerstand gegen Ausweitung des Öl- und Gasboykotts schmolz dahin – angetrieben von den Grünen, die als effektives Standbein Washingtons in der Ampel-Regierung fungieren.

Es waren hierzulande vor allem die Grünen, die dafür sorgten, dass sich nach Beginn der russischen Invasion die US-Position unverzüglich auch in Deutschland durchsetzte, ohne Diskussion, ohne ernsthafte Abwägung der Folgen. Nordstream 2 beerdigt, der Anteil des russischen Gas drastisch von 55 auf etwa 30 Prozent im April gesenkt. Bis Mitte 2024 soll er auf null runter. Und das obwohl Deutschland zu den europ. Länder gehört, die am abhängigsten von den Importen aus Russland sind, da die Wirtschaft hier am meisten auf die Lieferung von günstigem Öl und Gas aus Russland gesetzt und darin investiert hat, auf die Lieferungen die durch lange Vertragslaufzeiten und solide Infrastrukturen abgesichert sind.

Die Chancen dies in absehbarer Zeit zu kompensieren sind gleich null. Was von Habeck und Kollegen an Plänen und Ideen präsentiert wird, wird von Experten zerpfückt und als kaum mehr als heiße Luft bezeichnet.

Für die USA sind Öl- und Gasembargos gegen Russland natürlich kein Problem, da sie kaum davon betroffen sind. Den Schaden den sie auf dem Alten Kontinent anrichten ist noch gar nicht abzusehen. Sicher ist nur, dass auch die EU-Bürger zu den Verlierern des NATO-Krieges gegen Russland sein werden, während US-amerikanische Energiekonzerne sich über rasant gestiegene Einnahmen aus dem US-amerikanischen Frackinggas freuen.

[[Wenn die EU-Staaten zukünftig viel mehr für ihre Energie und für Erdgas als wichtiger Grundstoff der chemischen Industrie bezahlen müssen, als die meisten anderen Länder der Welt, wird dies natürlich massive negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit haben, und damit auch auf Arbeitsplätze und Wohlstand.]]

In den USA sieht man diesen Effekt vermutlich nicht ungern, schließlich soll die NATO in den Worten ihres ersten NATO-Generalsekretär Hastings Ismay dazu dienen, „to keep the Americans in, the Russians out, and the Germans down“, also den US-Einfluss der USA in Europa zu sichern und dabei Russland draußen und Deutschland, bzw. nun die EU, unten zu halten.

²⁷ [„Grand Area“ der EU: Bis hinter den Ural](#), Solidarwerkstatt Österreich, März 2022

Neue Blockbildung

Der russische Krieg und mehr noch die Reaktion des Westens darauf hat auch erhebliche Auswirkungen außerhalb Europas, bringt erhebliche Bewegung in die internat. Beziehungen. Manche sprechen von der größten Neuaufteilung der Welt seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion.

Auf der einen Seite brachte der russische Einmarsch die einheitliche Front des Westens gegen Russland, die Washington seit langem anstrebt. Auch formal neutrale europäische Länder, wie die Schweiz und Österreich beteiligen sich an den Wirtschaftsblockaden. Die Regierungen Finnlands und Schwedens nutzen die Hysterie, um auch formal Mitglied der NATO zu werden.

Die außenpolitische Isolierung Russlands ist jedoch krachend gescheitert. Eine klare Mehrheit aller Staaten verurteilte zwar den russischen Einmarsch in der UN-Vollversammlung, sieht diesen Krieg jedoch nur als einen weiteren, neben den vielen, die vom Westen oder mit dessen Unterstützung geführt werden. In seinem aggressiven Vorgehen gegen Russland ist der Westen weitgehend isoliert. Außer den USA, Kanada, Japan und den 27 EU-Staaten beteiligen sich nur noch sechs weitere Länder an den Wirtschaftsblockaden.²⁸

Stattdessen kristallisiert sich eine neue Blockbildung heraus. Die vom Westen zum Feind erklärten Länder, wie Russland, China, Iran, Kuba und Venezuela rücken enger zusammen und parallel dazu entsteht ein weiterer bedeutender Block von Staaten – von Indien über die Golfstaaten und Südafrika bis Brasilien und Mexiko – die dem Westen die Gefolgschaft verweigern.

Diese Länder kritisieren mit Verweis auf die US- und NATO-Kriege, die westliche Doppelmoral, prangern den Missbrauch des internationalen Finanzsystems durch die USA zur Erpressung anderer Staaten an und haben größtes Interesse ihre Abhängigkeit davon und vom Dollar zu verringern – naheliegender Weise gemeinsam mit China und Russland. Ungeachtet der großen Differenzen die zwischen ihnen liegen, sind sie sich darin einig, dass die seit Jahrhunderten währende westliche Dominanz endlich enden und durch eine multipolare Weltordnung ersetzt werden muss. Sie führen daher ihre Zusammenarbeit mit Russland nicht nur fort, sondern intensivieren sie sogar noch.

Es ist daher keineswegs ausgemacht, dass die USA am Ende tatsächlich zu den Gewinnern zählen. Die Realisten im US-Establishment, sehen mit Grausen, dass der Wirtschaftskrieg gegen Russland aktuell vor allen China stärkt. Aus dem US-Establishment kommen daher immer mehr namhafte Stimmen, die sich dafür aussprechen, den Krieg mit Russland nicht zur forcieren und zu verlängern, sondern eine politische Lösung anzustreben, bei der Kompromisse akzeptiert werden, darunter Henry Kissinger,²⁹ die Redaktionskommission der New York Times³⁰ oder Prof. Charles Kupchan vom einflussreichen US-amerikanischen Council on Foreign Relations.

[Die Erdölkonzerne streichen nie dagewesene Profite ein und sind die hauptsächlichen Gewinner.]

²⁸ Jörg Goldberg, [Globalisierung als Wirtschaftskrieg - Die Sanktionen gegen Russland befördern die Fragmentierung der Weltökonomie](#), junge Welt, 05.07.2022

²⁹ Mike Whitney, [Kissinger Nails It. For Once](#), The Unz Review, 1. Juni 2022

³⁰ [The War in Ukraine Is Getting Complicated, and America Isn't Ready](#), The Editorial Board, The New York Times, 19.5.2022

Fazit

Wir müssen hier sowohl auf die humanitären Folgen der militärischen Unterstützung Kiews hinweisen, die ihn zum Stellvertreterkrieg der NATO gegen Russland machen auf dem Rücken der UkrainerInnen wie auch auf die Gefahren einer Eskalation in einen großen Krieg, bei dem sich Atommächte gegenüber stehen.

Kaum weniger wichtig ist es aber auch auf die Folgen des Wirtschaftskrieges hinzuweisen, die immer verheerender werden. Und auch er erschwert politische Lösung und droht die Beziehungen zwischen dem westl. Europa und Russland dauerhaft zu kappen, Wirtschaftliche Verflechtungen zwischen Staaten haben ja grundsätzlich eine gewisse friedenserhaltende Wirkung, da sich alle Beteiligten durch die Eskalation eines Konflikts selbst schaden. Im Kalten Krieg waren die Wirtschaftsbeziehungen Westeuropas zur Sowjetunion faktisch die materielle Basis der friedlichen Koexistenz. Eine neue Mauer durch völlige Abkopplung Russland, wäre daher eine für die zukünftige Stabilität Europas gefährliche Entwicklung.

Im Moment haben Kritiker des Kriegskurs einen sehr schweren Stand. Es gibt aber durchaus Chancen, dass die Zustimmung auch hierzulande bröckelt. In anderen Ländern, wie Italien, ist der Widerstand gegen die westliche Kriegs- und Embargopolitik schon viel stärker.³¹

Wenn die Leute die Folgen dieser Politik am eigenen Leib spüren, werden sie zugänglicher für kritische Stimmen Umfragen und ein größerer Prozentsatz bereit zu Protesten. Umfragen zufolge sinkt die Unterstützung für den Kriegskurs bereits, immer häufiger warnen Experten davor, dass die sozialen Auswirkungen auch in Deutschland zu massiven Protesten, Unruhen, zu einer Art neuen Gelbwestenbewegungen führen können. Die Linke muss diesmal rechtzeitig mit klaren Positionen aktiv werden und darf sich nicht scheuen breitere Bündnisse einzugehen, auch Menschen mit abweichenden politischen Meinungen mitnehmen – natürlich in klarer Abgrenzung gegen radikale Rechte und Rassisten. Sonst wird das Feld wieder der AFD und anderen Rechten überlassen.

[Mittlerweile warnt auch schon Außenministern Baerbock vor „Volksaufständen“ gegen die von ihr vorangetriebene Politik.³² Einer neuer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa zufolge würde fast jeder zweite Bundesbürger, 44 Prozent aller Befragten, wegen der hohen Energiepreise auf die Straße gehen, wenn es zu Demonstrationen kommt.³³]

³¹ [Krieg spaltet - schwindende Zustimmung zum Ukraine-Krieg und Warnung vor Spaltung der EU](#), German-Foreign-Policy, 21 Jun 2022, [Aufstand italienischer Generäle: „Das ist nicht unser Krieg, stoppen wir die USA!“](#), Zeit-Fragen, 17.5.2022

³² [Baerbock und die „Volksaufstände“](#), NachDenkSeiten, 22. Juli 2022

³³ [Energie-Proteste: Fast jeder zweite Deutsche will demonstrieren](#), BerlZ, 20.7.2022,